

Zur Schuldfrage

Katja Kipping zum Wahlausgang



» Seite 2

Links



Thüringen hat die Wahl.

Am 27. Oktober schaut ganz Deutschland auf die anstehende Landtagswahl in Thüringen, wo Ministerpräsident Bodo Ramelow an das historisch gute Ergebnis von 2014 anschließen will: Die rot-rot-grüne Regierungsarbeit soll unter seiner Führung auch in den kommenden fünf Jahren fortgesetzt werden.

Bodo Ramelow blickt optimistisch auf diese Wahl, denn seine Sympathiewerte als Ministerpräsident sind stabil und auch die Umfrageergebnisse für DIE LINKE in Thüringen prognostizieren gute Werte. Es geht darum, die Verlässlichkeit von Rot-Rot-Grün zu

zeigen, betonte Bodo Ramelow in den vergangenen Wochen gegenüber Journalisten. Und, im Hinblick auf die ernüchternden Wahlergebnisse in Sachsen und in Brandenburg: DIE LINKE muss ihren Gebrauchswert deutlich machen.

In dieser Ausgabe wird es deshalb natürlich Rückblicke auf die Ergebnisse der Landtagswahl in Sachsen am 1. September geben. Diese Retrospektive beinhaltet vor allem auch die fröhlichen Fotos eines gemeinsamen Wahlkampfes der LINKEN in Dresden, die ohne Teamgeist, guter Motivation und

Engagement gar nicht zustande gekommen wären.

Die Arbeit geht weiter, deshalb ist in dieser Ausgabe durch die Konstituierung des Dresdner Stadtrates und der Ausschussbesetzungen am 05. September bereits eine Übersicht von DIE LINKE. im Dresdner Stadtrat mit den Zuständigkeiten der gewählten Stadträtinnen und Stadträte zu finden. Auch in Europa geht es weiter: Dr. Cornelia Ernst berichtet aus den ersten Wochen im Europäischen Parlament und über die ersten Entscheidungen innerhalb der GUE/NGL.





Zur Schuldfrage

Dem Aufstieg der AfD wurde durch den Neoliberalismus in unserem Land der Boden bereitet. Doch wir müssen lernen, besser zu überzeugen.

Befragte man Menschen nach dem Politiker Christian Hirte (CDU), dürfte man großes Schulterzucken ernten. Das wäre im Westen Deutschlands nicht ungewöhnlich, denn der Mann ist der Ostbeauftragte der Bundesregierung. Aber auch im Osten ist er völlig unbekannt. Nur kürzlich schaffte er es in die Schlagzeilen, mit der Bemerkung, DIE LINKE sei schuld am Aufstieg der AfD. Sie hätte die Demokratie verächtlich gemacht. Wie bitte, frage ich mich da? Ausgerechnet jene Partei, die seit vielen Jahren permanent den Lobbyismus in der Politik kritisiert, die Aushöhlung der Demokratie durch die Privatisierung des Öffentlichen anprangert und für eine Senkung der Hürden für Volksbegehren und Demokratisierung der Wirtschaft streitet, ausgerechnet wir also, haben die Demokratie verächtlich gemacht? Entweder, Herr Hirte hat keine Ahnung – oder er stellt sich dumm.

Für den Aufstieg der AfD gibt es viele Ursachen. Besonders

der Osten Deutschlands ist seit 1990 zu einem Labor neoliberaler ökonomischer Experimente gemacht worden. Der Deindustrialisierung folgten Massenarbeitslosigkeit, Niedriglöhne, ein demütigender Umgang mit Erwerbsbiographien und die Besetzung aller Schaltstellen in Wirtschaft, Politik, Justiz, Medien, Hochschulen und öffentlicher Verwaltung mit Personal aus dem Westen. Das bittere Schimpfwort von der „Kohlonsation“ des Ostens fand zu Beginn der 90er Jahre Eingang in den Sprachgebrauch. Paradox allerdings: Besonders im ländlichen Sachsen wählten die Menschen viele Jahre unverdrossen die CDU, die immerhin 18 Jahre brauchte, um erstmals einen Ostdeutschen zum sächsischen Ministerpräsidenten zu machen.

Neoliberalismus und Faschismus sind Geschwister

Nun ist dies allein noch lange kein Grund, um die AfD zu wählen, eine Partei, deren Füh-

rungspersonal ein ums andere Mal rassistische Ressentiments bedient und fördert, faktisch kein soziales Profil und auch wirtschaftlich keinerlei Kompetenz vorzuweisen hat. Eines allerdings schafft sie hervorragend: Angst zu schüren. Angst vor Überfremdung, Angst vor „Islamisierung“, Angst um die heimische Bratwurst, Angst vor dem Wolf. Keine Lüge, keine Halbwahrheit, keine Übertreibung und keine rassistische Hetze, die es dieser Partei nicht wert wäre, den von der Angst vor sozialem Abstieg geplagten Menschen noch mehr Angst einzujagen und sich als rettende Alternative zu profilieren. Minderheiten werden verbal ausgegrenzt, beleidigt, physisch bedroht und die Armen gegen die Ärmsten ausgespielt.

Und hier kommt die etablierte Politik ins Spiel: Seit der AGENDA 2010 übt diese sich in Demütigung, Herabwürdigung und Stigmatisierung von Arbeitslosen, Sozialleistungbeziehenden – schlicht aus dem Leis-

tungssystem herausgefallenen Menschen, genussvoll begleitet von ekelhafter Zurschaustellung menschlicher Schwäche, besonders in den privaten Medien. Das Treten nach unten wurde den Menschen in den letzten 20 Jahren planvoll anezogen. Auf genau dieser Basis baut die AfD auf. Nur so ist ihr Erfolg erklärbar und zu verstehen. DIE LINKE hat als einzige Partei seit vielen Jahren vor dieser gefährlichen Gemengelage gewarnt – als einsame Rufferin in der Wüste. Sie wurde dafür diffamiert, lächerlich gemacht und ihre Warnungen vor den faschistischen Umtrieben, besonders in den ländlichen Regionen, wurden als Panikmache abgetan, antifaschistischer Protest oft als extremistisch kriminalisiert.

Sprachprobleme

Es mag sein, dass die Gegenstrategie der LINKEN, besonders in den letzten fünf Jahren, auch von einer gewissen Ratlosigkeit geprägt war

– es ging uns da nicht viel anders, als den anderen Parteien, die erschüttert vor der Wucht der rechten Umtriebe standen und stehen. Und es mag auch sein, dass wir ein Sprachproblem haben. Sowohl in der Aus- als auch in der Ansprache. Ich nehme mich da selbst gar nicht aus. Oftmals in akademischem Dialekt vorgetragenen Reden, im Soziologendeutsch verfasste Texte und der Drang, lieber zu belehren als zu überzeugen, sollten in den fälligen Diskussionen über die Zukunft unserer Partei eine gebührende Rolle spielen. Eines darf jedoch meines Erachtens keinesfalls die Lösung sein: Den Menschen aus wahltaktischen Gründen nach dem Mund zu reden. Menschenfeindliche Einstellungen sind zu entlarven, nicht zu übernehmen. Wer auf diese Weise versuchen will, Wähler zurück zu gewinnen, wird die Verbliebenen noch verlieren.

Katja Kipping



LANDTAGSWAHL

Meinungen zur Wahl

Alles muss auf den Prüfstand – das ist der übereinstimmende Tenor aus verschiedenen Beratungen, die nach der Landtagswahl im Landesverband stattfinden. Schick uns Deine Meinung zur gegenwärtigen Debatte: Wo siehst Du Verbesserungspotenzial, hast Du Lösungen und Ratschläge parat. Was müssen wir als LINKE verbessern?

□ Kontakt: Linksblatt@web.de

Das tut weh!

Nun ist über eine Woche seit dem Wahlsonntag zur Landtagswahl Sachsen vergangen und es wird Zeit für die Aufarbeitung.

Liebe Genossinnen und Genossen,

das Ergebnis der Landtagswahlen vom 1. September 2019 hat viele von uns geschockt. Es tut weh zu wissen, dass beinahe ein Drittel der Wählerinnen und Wähler in Sachsen ihre Stimmen einer extrem rechten Partei gegeben hat. Ein weiteres Drittel wählte mit der CDU jene Partei, die seit fast 30 Jahren in Sachsen die Regierungen stellt und für Stillstand und Ideenlosigkeit steht. DIE LINKE konnte zusammen mit den Grünen und der SPD weniger Stimmen auf sich vereinigen als die AfD allein. Wir haben beinahe die Hälfte unserer Sitze im Parlament verloren. Der Stadtverband Dresden stellt mit Sarah Buddeberg nur noch eine Abgeordnete im Sächsischen Landtag. Der Rechtsruck war absehbar und doch hat er uns in seiner Deutlichkeit kalt erwischt.

Nun ist guter Rat teuer und der Ruf nach Konsequenzen nachvollziehbar. Eine Wahlniederlage diesen Ausmaßes kann nicht spurlos an uns vorübergehen. Wir haben unseren Status als Protestpartei verloren. Scheinbar fühlen sich viele durch DIE LINKE nicht mehr vertreten. Wir werden uns in nächster Zeit vielen Fragen stellen müssen. Hat die Tatsache, dass wir in Thüringen, Brandenburg, Berlin und Bremen Regierungsverantwortung übernommen haben, wirklich dazu



Foto: DIE LINKE. Sachsen

geführt, dass wir inzwischen den etablierten Parteien zugerechnet werden? Werden wir folglich von den Wählerinnen und Wählern mitverantwortlich gemacht, für die politischen Fehlentscheidungen von CDU und SPD auf Bundes- und Landesebene? Liegt es an der Art und Weise, wie wir die Wählerinnen und Wähler in den letzten Jahren angesprochen und erreicht haben? Ging unser Wahlprogramm an der Realität vorbei? Ist unser Profil zu unscharf? Ist unser Image zu radikal, zu hipp und intellektuell?

Wir sollten diesen Rückschlag als Chance begreifen, alles auf den Prüf-

stand stellen und - wo nötig - unseren Kurs korrigieren. Uns bleibt nicht viel Zeit, die nächsten Bundestagswahlen werfen bereits ihre Schatten voraus. Es gilt den Kontakt zu den Wählerinnen und Wählern zu intensivieren, um zu erfahren, was die Menschen beschäftigt, wie sie denken und was sie fühlen. Der Blick für die Realität und die ganz alltäglichen Probleme in der Bevölkerung ist Grundvoraussetzung für eine nachhaltige Neuausrichtung unserer Strukturen und Inhalte. Ein „Weiter so“ mit Korrekturen kosmetischer Art darf es nicht geben. Das sind wir allen schuldig, die ihre Interessen nach Frieden, Solidarität und sozialer Sicherheit

vertreten wissen wollen. DIE LINKE muss wieder die Alternative für all diejenigen werden, die sich abgehängt und unverstanden fühlen.

In diesem Sinne gilt es nun, zusammenzuhalten, weiterzukämpfen und nach vorn zu schauen. Wir alle können dazu beitragen, dass sich linke Ideen innerhalb unserer Gesellschaft wieder etablieren. Die Politik bestimmt den Alltag unserer Gesellschaft und wir sollten sie zu einem alltäglichen Gesprächsinhalt machen, nicht nur innerhalb unserer Partei. Lasst uns wieder miteinander ins Gespräch kommen, sei es bei der Familienfeier, in der Mittagspause, an der Haltestelle, nach dem Elternabend oder im Sportverein. Wir können uns nur neu definieren, wenn wir die Meinungen der Menschen einbeziehen, deren Interessen wir in Zukunft wieder verstärkt vertreten wollen.

Eine detaillierte Wahlauswertung wird es auf unserem Parteitag am 14.09. ab 10 Uhr im Rathaus geben. Der Stadtvorstand wird am 19.09. ab 18 Uhr im Haus der Begegnung über die nächsten Schritte beraten. Zu beiden Veranstaltungen sind alle herzlich eingeladen!

Anne Holowenko

LINKE SACHSEN

Es geht um unsere Partei

Landesvorstand schlägt Fahrplan für Wahlauswertung vor



Am 27. September wird sich der Landesvorstand zu einer weiteren Wahlauswertung und zur Vorbereitung des Landesparteitages treffen. Für den 28. September hat der Landesvorstand eine gemeinsame Beratung von Landesvorstand, Landesrat und Kreisvorsitzenden einberufen. Diese wird ab 10.00 Uhr in Dresden stattfinden. Im Oktober werden Regionalkonferenzen zur Wahlauswertung und zur künftigen Positionierung der Par-

tei durchgeführt. Die genauen Termine werden wir euch schnellstmöglich mitteilen. Wir möchten euch aber bereits jetzt herzlich dazu einladen, euch an dieser Debatte zu beteiligen. Die für den 16./17. November 2019 geplante Beratung der 2. Tagung des 15. Landesparteitages werden wir - vorbehaltlich der Zustimmung der Gremien - bereits auf den 15. November 2019 verlängern, um Raum zu schaffen, über die Zukunft unserer Partei zu reden. Diese Tagung hat zudem die Aufgabe, die Gremien des Landesver-

bandes neu zu wählen. In einem Mitgliederbrief wandten sich Landesvorsitzende Antje Feiks und Landesgeschäftsführer Thomas Dudzak an alle LINKE-Mitglieder in Sachsen:

„Liebe Genossinnen und Genossen,

wir stehen mit diesem Wahlergebnissen an einem Punkt, der Ähnlichkeiten zu unserer dramatischen Lage Anfang 1990 aufweist. Genau deshalb werden wir in den kommenden Wochen auch all jene aktiv einbinden, die zu diesem Zeitpunkt aktiv am Neu-

aufbau der Partei beteiligt waren. Der Freistaat Sachsen hat einen massiven Rechtsruck erlebt. So schwierig die Lage nach dieser Wahl für uns ist, so sehr sind wir davon überzeugt: Wir als Partei werden gebraucht. Wir sind die Partei der Systemopposition, die für eine gerechte, solidarische - kurz demokratisch-sozialistische - Perspektive für die Menschen in diesem Land streitet. Wir geben all jenen eine Stimme, die in dieser Gesellschaft bei fortgesetzter CDU-Politik marginalisiert werden: Sozialarbeitern, Pflegerinnen, Mieterinnen und Mietern und den flei-

ßigen Kolleginnen und Kollegen, die hart arbeiten und trotzdem Angst haben müssen, dass es nicht reicht. Wir müssen all jenen den Rücken stärken, die durch das Erstarren der extremen Rechten Angst haben müssen um ihre Projekte, ihre Arbeit und nicht selten leider auch um ihre körperliche Unversehrtheit. Dafür braucht es jede und jeden Einzelnen von uns. Wir haben die Pflicht, nicht aufzugeben.“

Im Internet:
www.dielinke-sachsen.de

Danke für Euern Kampf!

Hier sind noch einmal aus allen sieben Dresdner Wahlkreisen Impressionen aus dem Wahlkampf zur Landtagswahl 2019



Ein herzlicher Dank geht nach Bremen zu unseren Genossinnen und Genossen, die uns eine Woche tatkräftig unterstützt haben und u.a. mit Tom Wittig (links im Bild) die Wahlzeitungen in Briefkästen verteilt haben



Von Tom Wittig stammen Idee und Umsetzung, diesen Fahrradanhänger aufzuarbeiten und bei jeder Gelegenheit als richtigroten Eyecatcher für den Wahlkampf einzusetzen



Bundestagsabgeordnete Caren Lay mit Sarah Buddeberg in deren Direktwahlkreis bei einem Infostand vor der Dresdner Scheune. „Kippe. Kaffee. Klassenkampf“ erzielte Kultstatus als Sammelobjekt.



Die GenossInnen im Dresdner Westen hatten für ihre Veranstaltung mit Jenny Kunkel und Caren Lay auf dem Promenadenring in Gorbitz extra leckere und eisgekühlte Rote Brause mitgebracht.



Die wohnungspolitische Sprecherin in der Bundestagsfraktion, MdB Caren Lay unterstützte alle unsere sieben DirektkandidatInnen mit vielen Veranstaltungen in Dresden. Hier mit André Schollbach in der Altstadt.



Zehntausende Menschen aus dem gesamten Bundesgebiet kamen am 24. August nach Dresden.



Bilder vom heißen Sommer



#unteilbar. Dass Solidarität zu jeder Zeit und an jedem Ort gelebte Realität werden kann, zeigten Dresdner LINKE gemeinsam mit tausenden Menschen aus der ganzen Republik am 24. August in Dresden.



Katrin Mehlhorn, frühere Dresdner Stadträtin und Dr. Kris Kaufmann, unsere Sozialbürgermeisterin waren bei der Großdemo dabei.



Thomas Feske und Jenny Kunkel im Gespräch bei der Veranstaltung in Gorbitz. Straßenspiele für Kinder, gute Livemusik für alle und Caren Lay zur aktuellen Mietenpolitik lockten interessierte ZuhörerInnen an.



Auch Anne Holowenko war jeden Tag in ihrem großen Wahlkreis auf Achse mit verschiedenen Touren - hier mit selbst gemachten frischen Limonaden im Gepäck und natürlich dem roten Lastenfahrzeug.



Dass alle DirektkandidatInnen höchstselbst ihre Plakate aufgehängt haben, muss wohl nicht extra betont werden. Aber hier noch ein Fotobeweis: Links Margot Gaitzsch (nicht kandidierend) und Tilo Wirtz.



Franziska Fehst bei Kaffee und Kuchen und dem eigens aufgebauten Straßencafé im Gespräch. An den Ideen für einen vielfältigen Wahlkampf in Dresden hat es sicherlich nicht gelegen.

Ein neuer Zyklus der deutschen parlamentarischen Demokratie

Einige Vorschläge, wie über den Wahlausgang in Brandenburg und Sachsen zu reden wäre. Eine Analyse von Horst Kahrs (Auszug).

Am Wahlabend des 1. September 2019 mündet eine fünfjährige politische Übergangsperiode in einen neuen politischen Zyklus. Vor fünf Jahren zog die »Alternative für Deutschland« (AfD) erstmals in zwei Länderparlamente ein. Der Zufall der Wahltermine wollte, dass es sich um Brandenburg und Sachsen handelte und nicht um Baden-Württemberg und Hessen. Bis Oktober 2018 wurde diese Partei in der Regel mit deutlich zweistelligen Ergebnissen in alle weiteren vierzehn Landesparlamente und zur drittstärksten Fraktion im Deutschen Bundestag gewählt. Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament zeigte sich, dass die AfD ihr bisheriges Wählerpotential nahezu ausgeschöpft hat.

Mit dem gegenüber der Vorwahl gestärkten, gegenüber den zwischenzeitlichen Wahlen zum Bundestag und zum Europäischen Parlament stagnierenden Wiedereinzug in die Landesparlamente von Brandenburg und Sachsen beginnt nun ein neuer politischer Zyklus. War der vorherige Zyklus geprägt vom Erstaunen über das Erstarren einer Partei rechts von der Union, trotz oder wegen ihrer verschiedenen Häutungen in Richtung einer antidemokratischen, autoritär-völkischen Partei und dem Rätseln darüber, wie ihre Wähler gleichwohl am besten zurückgewonnen werden könnten, so wird der nächste Zyklus von der Erkenntnis geprägt sein, dass die parlamentarische Existenz dieser Partei von Dauer sein wird und es eine nicht unerhebliche Zahl von Bürgerinnen und Bürgern in dieser Gesellschaft gibt, die die politischen Positionen und den Stil dieser Partei gut heißen, teilen und nicht nur billigend in Kauf nehmen. Wie lässt sich dieser neue politische Zyklus charakterisieren? Einige Vorschläge.

AfD – Keine Partei nur »des Ostens«

Die AfD ist die erste erfolgreiche gesamtdeutsche Parteigründung. Über sie als ein besonderes »Problem des Ostens« zu diskutieren entstammt den politischen Diskurs-Schablonen der letzten zwanzig Jahre in West wie Ost. Allerdings besteht tatsächlich das Problem, dass die notwendige Diskussion über den gesellschaftlichen Stand nach 30 Jahren Wende sich nur schwer von den AfD-Wahlergebnissen wird trennen lassen, da 2019 nur in Brandenburg, Sachsen und Thüringen gewählt wird. Tatsächlich, die AfD erzielte und

erzielte in den östlichen Bundesländern bessere Wahlergebnisse als in den westlichen. Jedoch: In Mecklenburg-Vorpommern reichte es 2016 für 20,8% und in Baden-Württemberg im gleichen Jahr für 15,7% - ein qualitativer Unterschied, der es nahelegt, von einem besonderen Ost-Problem zu reden? Mit der gleichen Berechtigung könnte das Augenmerk auf ein Nord-Süd-Problem gerichtet werden, etwa auf das Ergebnis in Baden-Württemberg oder Hessen (12,6% in 2018) einerseits und andererseits Niedersachsen und Schleswig-Holstein (6,2% und 5,9% in 2017). Im Süden mehr doppelt so stark wie im Norden – es wäre die gleiche Arithmetik, wie sie zwischen Ost und West in Anschlag gebracht wird.

Tatsächlich ist die AfD keine regionale, sondern die erste erfolgreiche Parteigründung im seit 1990 entstehenden neuen Deutschland. Ihr Erfolg verdankt sich dem verbreiteten Gefühl des Verlustes der Gewissheiten der alten Bundesrepublik Deutschland, wie sie im Westen erlebt und im Osten wahrgenommen bzw. erhofft wurde. Dieser Verlust hat verschiedene Ebenen der sozialen und kulturellen Deklassierungen und Enttäuschungen, aus denen nicht Empörung, sondern Groll und Ressentiment entstehen. Das ist es aber nicht allein: Der AfD gelingt es auch, die unterhalb der öffentlichen Meinungen und der Staatsräson in Ost und West erhalten gebliebenen nationalistischen, völkischen, auch rassistischen Haltungen und Mentalitäten zu sammeln. Entsprechende Mentalitätsmuster, die bis ins 19. Jahrhundert zurückreichen und über Familien- und Milieustrukturen vererbt werden, überdauerten sowohl Alt-BRD wie DDR. Die historischen Konstellationen, in denen sie sich politisch formieren, wandeln sich: Waren es in den 1960er Jahren die neuen Prozesse gegen NS-Schergen und die beginnende Entspannungspolitik, die den Einzug der NPD in mehrere Landesparlamente flankierten, so sind es heute die unübersichtliche globale Ordnung, Terrorismus, die Folgen der ökonomischen und kulturellen Transnationalisierung sowie Migration und Demographie, die den Hintergrund für die AfD-Erfolge bilden.

Zu erklären wäre mithin »nur«, welche Gründe es geben kann, dass wie im aktuellen Fall die AfD in Ostdeutschland um einiges stärker ist als in West-

deutschland (was mit der Frage zugleich auch als eine für die Zukunft gültige Tatsache festgeschrieben wird). Dafür lassen sich zwei wesentliche Faktoren anführen.

- Die Berufung auf das deutsche Volk und Nationalismus waren bereits zu Wende-Zeiten präsent. Nicht zuletzt daher stürzten sich westdeutsche Nationalisten in den Aufbau von rechten Strukturen im neuen Ost- bzw. in ihrer Sprache: Mitteldeutschland. Erste öffentlich eigentlich nicht zu übersehende Wirkungen zeigten sich bei den Landtagswahlen ab

1998, als zuerst der DVU in Sachsen-Anhalt der Einzug in ein Landesparlament gelang. Es folgten Brandenburg (DVU), Mecklenburg-Vorpommern (NPD) und Sachsen (NPD). In Sachsen votierten bereits 1999 7% der Wählenden 18-24jährigen für die NPD, 2004 dann 21%, darunter ein Viertel der 18-24jährigen Männer, weiter ein Fünftel der 25-34jährigen Männer und immer noch ein Sechstel der 35-44jährigen Männer. Hierbei handelte es sich um Personen, die mitten im Erwerbs- und Alltagsleben der Dörfer und kleinen Städte standen und durchaus in der Lage waren, das öffentliche Klima in Vereinen, Kneipen, Clubs usw. zu prägen. Über der Beschwörung des antidemokratischen Erbes der DDR wurde das viel ältere Erbe des Nationalismus geflissentlich übersehen, nicht zuletzt von der CDU in Sachsen.

- Anders als in der früheren Bundesrepublik mit der langen Wiederaufbau- und Wirtschaftswunderperiode, die bis weit in die 1970er Jahre strahlte, gab es nach 1990 auf dem Territorium der ehemaligen DDR keine vergleichbare Phase, in der sich ideologische und affektive Bindungen an eine der beiden Volksparteien aufbauen und bewahren konnten. Das hatte auch etwas mit Erwartungen zu tun, die in Enttäuschungen umschlugen, weil ihnen mit dem Mauerfall hinterrücks die Geschäftsgrundlage abhandengekommen war, vor allem durch den möglich gewordenen neuen Schub der Globalisierung und Ökonomisierung. Fehlende vertrauensvolle Bindungen an eine Volkspartei erleichterten den Wechsel zwischen Parteien und zu Außenseiterparteien. Mittlerweile haben die Wählerinnen und Wähler in den westlichen Ländern, was die Abwendung von den Volksparteien betrifft, mächtig aufgeholt.

Die PDS war nie nur eine linke, son-

dern immer auch eine ostdeutsche Partei. Sie übernahm die Rolle der Anwältin einer Minderheit, deren »ostdeutsche«, d.h. DDR-Biographien und Lebenserfahrungen unter die Räder der Verwestdeutschung gerieten. Als die PDS nach 2007 zur gesamtdeutschen Linken mutierte, verlor diese Funktion ihre Strahlkraft und damit endete die Herausbildung einer aus der ostdeutschen Geschichte und Mentalität geprägten Regionalpartei. Die AfD beerbt nicht diese Rolle und Funktion, vielmehr greift sie die nationale Linie auf, die in der Wende erstmals bei Kohl's Auftritt in Dresden in aller Deutlichkeit hervortrat. »Vollende die Wende« adressiert nicht die Ostdeutschen (im Verhältnis zum Westen), sondern die Deutschen in Ost wie West, die sich durch die »Eliten« und »Altparteien« um die erstrebten Früchte der Wende, nämlich den alten westdeutschen Wohlfahrtsstaat und den Vorrang der Volkszugehörigen betrogen fühlen.

Dass die AfD eine gesamtdeutsche Partei ist, schließt nicht aus, dass sie auf mittlere Sicht zu einer Partei wird, die nur noch im Osten ihre Stärke halten kann. Die fortschreitende innerparteiliche Radikalisierung und eine mögliche Dominanz des »Flügel« könnten im Westen zu erheblichen Verlusten in konservativen Milieus führen.

Die AfD und der demokratische Konsens

Die AfD ist nunmehr ein (parlamentarischer) politischer Faktor, mit dem bis auf weiteres zu rechnen ist. Doch mit welcher politischen Qualität haben es die anderen Parteien zu schaffen? Die Erfolge der AfD werden immer noch erkauft mit ständigen politischen Tabubrüchen, die die Grenzen des Sagbaren verschieben und die demokratisch-zivilisatorischen Filter vor Ressentiments und roher Bürgerlichkeit zersetzen. Die Voraussetzungen für demokratische Politik werden systematisch unterhöhlt. Nach den Landtagswahlen 2019 in den drei ostdeutschen Ländern wird die Partei womöglich vom rechtsradikalen »Flügel« und seinen faschisierenden Leidenschaften geprägt werden. Der Weg von Alexander Gauland, der am Abend der letzten Bundestagswahl 2017 in Richtung Bundeskanzlerin und »Altparteien« die Parole

»Wir werden sie jagen« prägte, zu den ganz realen Jagdszenen 2018 in Chemnitz ist kürzer

als mancher angesichts der wertkonservativen Vergangenheit einiger Führungspersonen der AfD glauben mag.

Für die AfD steht nunmehr die Frage im Raum, ob und wie sie mit der bisherigen Strategie anhaltender Radikalisierung und Aufmerksamkeits-Generierung ihr Wählerpotential von bundesweit etwa 20% tatsächlich weiterhin ausschöpfen oder gar noch einmal vergrößern kann. Oder ob nicht im vorhandenen Wählerpotential mit dem Wiedereinzug in die Parlamente der reine Protest-Effekt abnimmt und stattdessen der Druck wächst, dass sich die parlamentarische Stärke auch in Regierungs- und Durchsetzungsmacht ausdrücken müsste, also in tatsächlichen politischen Veränderungen.

Bisher gibt es seitens der anderen Parteiführungen keine Koalitionsofferten, aber öffentlich ausgetragene Auseinandersetzungen darüber, wie man die Ablehnung einer Zusammenarbeit kommuniziert. Wird jegliches Gespräch abgelehnt mit Begründungen wie: Keine Zusammenarbeit mit Rechtsextremen, mit Anti-/illiberalen Demokraten, sprachlichen Brandstiftern, autoritären Nationalisten, »Höcke« usw.? Oder werden Gespräche geführt und am Ende erklärt, dass sich (wie erwartet) gezeigt habe, dass es (noch) keine (ausreichenden) Gemeinsamkeiten gibt?

Nicht unterschätzt werden darf hierbei, dass diese Fragen sich vor dem Hintergrund von vier oder fünf Jahren gemeinsamen parlamentarischen Alltags stellen, in denen womöglich hier und da kollegiale Beziehungen, auf jeden ein normalisierender Umgang Einzug gehalten haben.

Mit anderen Worten: Die Bereitschaft, undurchlässige Grenzen zu ziehen, wird ab dem 1.9.2019 im Ernstfall erprobt: Unverbrüchliches Bekenntnis zu Artikel 1 des Grundgesetzes als Basis des gesellschaftlichen Zusammenlebens; Schluss mit einer menschenverachtenden politischen Sprache (wie z.B. »sie jagen«, »in Anatolien entsorgen«), die systematisch die Grundbedingungen demokratischer Politik aushebelt; Anerkennung eines gemeinsamen politischen Raumes der Argumentation und Konfliktaustragung statt Konstruktion von – wahnhaften – Parallelwelten (wie z.B. die Rede von »Meinungsdiktatur«). Das wäre das demokratische Minimum, welches den Parlamentariern und den Landes- und Bundesverbänden der AfD abzuverlangen wäre.

Ende der »Volksparteien«

Die Zeit der Volksparteien, wie die alte Bundesrepublik sie kannte, ist definitiv vorbei. Ob es zukünftig wieder eine oder mehrere »Volksparteien« geben wird, ist offen. Eine Partei ist nicht allein schon deshalb eine Volkspartei, weil es ihr gelingt, Stimmen aus verschiedenen sozialen Schichten zu erhalten. In dem Sinne wären populistische Parteien al-

temal Volksparteien und die AfD womöglich der aufgehende neue Stern am Volksparteien-Firmament.

Eine »Volkspartei« zeichnete sich durch verschiedene Merkmale aus, darunter: hohe Mitgliederzahl, Heterogenität der sozialen Lage und der politischen Interessen der Mitglieder, innerparteiliche Fähigkeit zu Interessenausgleich und politischer Willensbildung, hohe ideologische Bindungskraft des Modells der »guten Ordnung der Gesellschaft« in verschiedene Milieus hinein, darauf gründendes Vertrauen in die Fähigkeiten der Partei und Sammlung von heterogenen, vertikale Schichten übergreifenden Stammwählerschaften. Ein entscheidender Aspekt für die Konstitution der alten Volksparteien wird dabei oft vernachlässigt: der alltags erlebbare Erfolg des Ordnungsmodells. Die Bindungskraft der Volksparteien beruhte nie allein auf politischen Konzepten oder dem ideologischen Profil, sondern entwickelte sich mit der tatsächlichen Wirkmächtigkeit: Die CDU reüssierte mit »Wohlstand für alle« in der »sozialen Marktwirtschaft«, die SPD mit der Perspektive des sozialen und kulturellen Aufstiegs durch individuelle (Bildungs-)Anstrengungen und kollektive Statussicherung. Von dieser historischen Wirkmächtigkeit, von millionenfacher Alltagserfahrung zehrten CDU und SPD noch weit über die 1980er Jahre hinaus, als es ihnen schon immer schwerer fiel, angesichts sich beschleunigender grundlegender Veränderungen vertikal wirkende Verbesserungen zu entwickeln und zu verwirklichen.

In den neuen Bundesländern konnten sich »Volksparteien« in diesem Sinne: als Parteien, denen es gelingt, sich einen generationenübergreifenden Vertrauensvorsprung zu erarbeiten; zu keiner Zeit entwickeln. Den Parteiensystemen der fünf Flächenländer wohnte nie eine Tendenz zur Herausbildung zweier großer Parteien inne, eher über ein gutes Jahrzehnt die Tendenz zu einem System dreier etwa gleich starker Parteien. Dem geringeren Vertrauensvorsprung in die alten Volksparteien entsprachen ausgeprägte politische Suchbewegungen und eine hohe Wechselbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger. Sachsen bildete vorübergehend eine Ausnahme. Mittlerweile lassen sich hinsichtlich der Volatilität der Wahlentscheidungen (nicht: der jeweiligen Parteipräferenzen) zwischen Ost und West keine qualitativen Unterschiede mehr ausmachen.

Die Volksparteien alten Stils haben sich überlebt. Was geblieben ist, ist ein Vertrauen in das verantwortliche Regierungshandeln von Personen, wobei es weniger um bestimmte politische oder unmittelbar interessegebundene Inhalte geht, sondern um Erwartungen und Einschätzungen darüber, wie eine regierende Person in unvorhergesehenen Situationen handeln würde, ob auf ihren Stil, ihre Entscheidungskri-

terien, ihr Verantwortungsgefühl Verlass ist. In den Umfragen zur politischen Stimmung zeigt sich dies mitunter in hoher Zustimmung zu einer Ministerpräsidentin/einem Ministerpräsidenten bei geringer Zustimmung zu seiner Partei oder der Regierungsarbeit insgesamt, ohne dass daraus eine echte politische Wechselstimmung entstünde.

Die alten Volksparteien haben zu ihrer Schwächung durch die Übernahme eines ökonomischen Modells der Politik und einen gravierenden Wandel im Selbstverständnis der Parteien und ihres Verhältnisses zu den Bürgerinnen und Bürger beigetragen. Merkmale dieser Entwicklung sind die zunehmende Bedeutung von Umfragen und Werbeagenturen gegenüber den über Mitglieder transportierten Stimmungen aus dem Alltag. Ökonomische Rationalität hat Einzug gehalten, wenn sich Parteien mehr und mehr als Anbieter von bestimmten politischen Produkten (»Konzepten«) und die Wählerinnen und Wähler als Konsumenten verstehen, die möglichst rational zwischen verschiedenen Angeboten wählen (und nach dem Wahltag die Lieferung erwarten). Verloren geht auf diese Weise, was einmal politische Leidenschaft und Aufbruch auszeichnete.

Transformation des Parteiensystems: Was kommt nach der neuen Unübersichtlichkeit?

In vielen Landesparlamenten findet eine Transformation des Parteiensystems zu einem Mehrparteiensystem mit mehreren »mittleren« (15%-30%) und kleineren (5%-15%) Parteien statt. Dieser Wandel ist Ausdruck einer abnehmenden Parteibindung und wachsenden Wechselbereitschaft der wählenden Bürgerinnen und Bürger. Wachsende Ungeduld mit der Wirkungsmacht der aktuell bevorzugten Partei, anhaltende Suche nach grundlegenden Orientierungen für Gesellschaft und Alltagsleben in einer sich sozial, technologisch, demografisch und politisch rascher wandelnden Umwelt und zunehmende soziokulturelle und sozioökonomische Heterogenität gehören zu den Treibern der Transformation des Parteiensystems. Sie hat zwei unmittelbare Konsequenzen. Erstens wird der potentielle Wahlausgang, welche Parteien die Regierung und welche die parlamentarische Opposition stellen werden, für die Wählenden unberechenbarer, die Bedeutung taktischer Wahlentscheidungen nimmt ab bzw. sie verändert ihren Charakter, wenn mehrere Parteien in Frage kommen. Und dies wird immer häufiger der Fall, da Zweiparteienkoalitionen immer seltener erwartet werden können. Wofür eine Partei steht, gewinnt für die Orientierung wieder an Bedeutung. Gleichzeitig stellt zweitens die Aufgabe der Regierungsbildung die gewählten Parteien vor neue Herausforderungen, wenn eine Partei wie die AfD, die die demokratischen Spielregeln nicht zu akzeptieren bereit ist, zwecks Wahrung eines demokratischen Kon-

senses nicht beteiligt werden darf bzw. soll. Lagerübergreifende Koalitionsbildungen drohen die Unterscheidbarkeit der Parteien weiter zu verwässern. Andere Modelle wie Minderheitenregierungen, die nicht gestürzt werden, solange sie keine AfD-Politik betreiben, sind nicht erprobt.

Solche politischen Gemengelage werden sich in dieser Phase der politischen Transformation vermutlich häufiger. Noch werden sie eher als Art demokratiepolitischer Notstand und als Verlust an politischer Stabilität begriffen und nicht als die neue parlamentarisch-demokratische Normalität oder gar als Gewinn an politischer Debatte und demokratischer Qualität. Erst eine unter diesen Bedingungen wieder erstarkende politische Kultur, die Konflikte austrägt über verschiedene mögliche Antworten auf die großen Fragen bzw. Verunsicherungen, um deren Bedeutung »alle« irgendwie »wissen«: Demografie und regionale Ungleichheit, digitale Technologie und künstliche Intelligenz, Klimakatastrophe und Wachstum, Migration und Transnationalisierung sowie die Möglichkeiten europäischer und globaler Kooperation in Zeiten wachsender Nationalisierung; wird die vermeintliche Repräsentationskrise des politischen Systems (und damit der Parteien als Mitwirkende an der politischen Willensbildung im Volk) wirksam bearbeiten können. Repräsentieren heißt nicht widerzuspiegeln, sondern Vorschläge zu machen, wohin und nach welchen Regeln sich Wirtschaft und Gesellschaft entwickeln sollen; Vorschläge, hinter denen sich unterschiedliche Teile eines sozial heterogenen »Volkes« versammeln können. An den »großen Verunsicherungen« können, das zeigt der Aufschwung für antidemokratische, autoritäre Bewegungen und Parteien, demokratische Systeme scheitern, Parteien erodieren oder gar verschwinden, bestehende Parteien sich erneuern oder neue entstehen. Anzunehmen ist, dass es hierbei über kurz oder lang zu einer Rekonstruktion von politischen Lagern, von links und rechts kommen wird, ja muss. (Es reicht nicht, siehe SPD, einzelne Projekte sozialer Gerechtigkeit herauszustellen, um die Affekthaushalte linker Politik wieder für sich zu gewinnen.)

Repräsentieren heißt zum Beispiel auch, um ein näher an der Landespolitik liegendes Problem zu wählen, vorzuschlagen, wie über bestimmte Probleme gesprochen werden soll und welcher Möglichkeitsraum für Lösungen damit geöffnet wird. Über anhaltende oder wachsende regionale Ungleichheiten lässt sich auf mittlere Sicht weiterhin unter der Ost-West-Angleichungsperspektive diskutieren und nach Lösungen suchen. Es ließe sich indes auch unter dem Aspekt von wachsenden und schrumpfenden Regionen über das gleiche Problem, dann aber auch als eines innerhalb der ostdeutschen Länder, z.B. Brandenburgs diskutieren.

(Vollständige Fassung: www.rosalux.de)

SOLIDARITÄT**Kuba**

Gerade angesichts der aktuellen Verschärfung der US-Blockade benötigt Kuba auch in Zukunft unsere politische und materielle Solidarität. Insofern ist es uns Verpflichtung, Kuba auch in Zukunft auf seinem eigenständigen und selbstbestimmten Weg nach Kräften zu unterstützen. Dafür benötigen wir Ihre Hilfe! Wir danken Ihnen für Ihr Vertrauen in unsere bisher geleistete Arbeit und freuen uns, wenn Sie auch künftig bei unseren gemeinsamen Vorhaben an unserer Seite sind.

AG Cuba Si

Spendenkonto:**DIE LINKE/Cuba Si Dresden****Ostächsische Sparkasse Dresden****IBAN: DE 93 8505 030031 201 83074****Verwendungszweck:****„Milch für Kubas Kinder“****KONTAKT****Mail-Adressen gesucht**

Liebe Interessierte, viele und vor allem die tagesaktuellen Informationen kommen nicht via Brief, sondern via Mail über unseren Info-Verteiler. Wer Interesse hat, diese zu empfangen, soll bitte in der Geschäftsstelle anrufen und mir die E-Mail-Adresse durchgeben: Rufnummer Haus der Begegnung: 0351-8583801
Dankeschön!

Kristin Hofmann

Umsonstkiste

Seit mehreren Monaten gibt es im unteren Treppenhaus eine sog. Umsonstkiste, in die Besucher und Besucherinnen Dinge hinein legen können, die sie nicht mehr benötigen, und andere, die diese Sachen, Bücher, techn. Geräte und Kinderkleidung suchen, können diese kostenlos mitnehmen. Dieses Prinzip gibt es sonst in Hauseingängen in der Neustadt, in Johannstadt, Pieschen und anderswo. Im Haus ist es regen geschützt.

Dies ist, gemeinsam mit der Initiative „Teller-tausch und Gläser-rücken“ (kostenloser Geschirrrverleih) getragen von der Idee, Menschen, die sonst das Haus nicht besuchen würden, in die Räume des HdBs zu ziehen, sie für das Angebot zu begeistern und einen kleinen Beitrag zum ökologischen Miteinander zu leisten.

Kristin Hofmann

„Der marktgerechte Patient“

„Es gibt zwar bereits zahllose Berichte über skandalöse Zustände in den deutsche Krankenhäusern. Erstaunlicherweise fehlt dabei aber fast immer der Bezug auf die wesentliche Ursache dieser Zustände: Die seit 2003 verbindliche Vergütung der Krankenhäuser durch sog. Fallpauschalen (jede diagnostizierbare Krankheit hat einen fixen Preis – wer mit möglichst geringen Personal-, Sach- und Organisationskosten den Patienten optimal schnell abfertigt, macht Gewinn – wer sich auf die Patienten einlässt und Tarife zahlt, macht Verlust). Die Einführung der sog. DRGs (Diagnosis Related

Groups) war der radikale Schritt zur kompromisslosen Kommerzialisierung eines Bereichs, der bis dahin vom Gedanken der Empathie und Fürsorge getragen wurde. Seither wird der Mensch dort, wo er am Verletzlichsten ist, nämlich als hilfsbedürftiger Patient, den gnadenlosen Prinzipien von Gewinn und Verlust untergeordnet. Wir sind nicht an der Zurschaustellung von Skandalen interessiert. Uns kommt es bei der Aufdeckung von Folgen vor allem auf die Ursachen der unhaltbaren Zustände in den deutschen Krankenhäusern an. Nur so sind sie zu verändern! Deshalb nun der Film:

„Der marktgerechte Patient““. Im Anschluss an den Film diskutieren wir mit der Landtagsabgeordneten Susanne Schaper der sächsischen Linksfraktion. Bevor sie Politikerin wurde war sie viele Jahre als Krankenschwester tätig und hat sich nun die letzten fünf Jahre mit der sächsischen Gesundheitspolitik intensiv beschäftigt. Sie weiß also, wovon sie spricht und möchte an dem Abend nicht nur über Problemlagen in Sachsen ins Gespräch kommen. Diese Maßnahme wird mitfinanziert durch Steuermittel auf der Grundlage des vom Sächsischen Landtag beschlossenen Haushaltes.

Eine Veranstaltung der RLS Dresden

**DRESDEN****Offenes Treffen der AG Verkehr**

Du beschäftigst dich gerne mit Verkehr? Dann bist du bei uns genau richtig! Denn egal ob öffentlich oder individuell – bei uns wird sowohl über den Ausbau des Straßenbahnnetzes als auch über Tempo 30 diskutiert.

Im Allgemeinen beschäftigt sich unsere AG mit allen erdenklichen Verkehrsthemen in Dresden. Wir wollen sowohl in der Partei als auch in der Öffentlichkeit als Arbeitsgemeinschaft von Interessierten wahrgenommen werden, die progressive verkehrspolitische Standpunkte erarbeitet und nach außen hin vertritt. Dabei möchten wir einerseits innerhalb der Linken eine beratende Rolle einnehmen, andererseits aber auch für alle Bürgerinnen und Bürger ansprechbar sein. Wir treffen uns ab 13. August aller 14 Tage dienstags im HdB ab 18 Uhr.

0 24. September, 18 Uhr, Haus der Begegnung

Beratung OV Plauen

Ort ist die Volkssolidarität Am Nürnberger Ei“ in der Nürnberger Straße 45. Mitgliederversammlung:

▣ 16. September, 18 Uhr

BO Hans&Lea Grundig

Offenes Treffen für Jeden&Jede, regelmäßig jeden 3. Montag im Monat in der Johannstadt

▣ 16. September, ab 17 Uhr

Johannstädter Kulturtreff (Seminarraum Erdgeschoss), Eisenstraße 35

AG Ökologie

Jeweils am ersten Montagabend des Monats trifft sich die AG Ökologie zum Vortrag und Diskussion in der WirAG - die aktuellen Themen können dem Kalender der Homepage entnommen werden:

www.dielinke-dresden.de

▣ 07. Oktober 18 Uhr, Wir AG

Offene Treffen vom OV Altstadt

Der Ortsvorstand der LINKEN in der Dresdner Altstadt trifft sich am dritten Montag des jeweiligen Monats - auch im Sommer. Neugierige sind herzlich willkommen!

▣ 16. September, 19 Uhr, Volkssolidarität

„Friedrichstadt“, Alfred-Althus-Str. 2 a

«Schicksal Treuhand – Treuhand Schicksal»

Wie ostdeutsche Lebenswege durch die Treuhand beeinflusst wurden

Mit Prof. Dr. Peter Porsch (Vorsitzender Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen), Katja Kipping (Vorsitzende DIE LINKE.) und Helga Förster (Drogistin, ehemalige Leiterin einer Drogerie in Hirschfelde) und Albrecht Meyer (Forschungsdirektor von dkk Schwarzenberg, angefragt). Eine gemeinsame Veranstaltung der WIR-AG und der RLS Sachsen

▣ 03. September, 19 Uhr, Wir AG, Martin-Luther-Straße 21

Vom Anfang und Ende des Kapitalismus

Mit Ulrike Herrmann (Wirtschaftsjournalistin taz)

Eine gemeinsame Veranstaltung der

Ökumenische Aktionsgruppe Dresden, des Europabüro Cornelia Ernst und der RLS Sachsen

▣ 11. September, 19 Uhr, Kino Schauburg

Rechtsradikalismus im Naturschutz

Reihe: Junge Rosa.

▣ 17. September, 18 Uhr, Wir AG

Lingnermarkt

Jeden Freitag von 9 bis 13 Uhr

▣ Ab 9 Uhr, Helmut-Schön-Allee

Beratung OV Blasewitz

▣ 16. September 18 Uhr, Bürgertreff Marie, Breitenauer Straße 17

Beratung Ältestenrat

Es ist immer ein Gast eingeladen, um über aktuelle Themen zu sprechen. Interessierte sind herzlich willkommen. Thema u.a. Auswertung der Landtagswahl.

▣ 17. September, 9:30 Uhr, Haus der Begegnung, Empore, Großenhainer Straße 93

Treffen OV Pieschen

Mit Vorstandswahl und Grillen

▣ 17. September, 16:30 Uhr, Haus der Begegnung, Saal, Großenhainer Str. 93

Arbeitseinsatz Plauen

Arbeitseinsatz am Fritz-Schultze-Denkmal

▣ 18. September, 10 Uhr, Am Denkmal

Sitzung des Stadtvorstands

Auswertung der Landtagswahl 2019

▣ 19. September, 18 Uhr, Haus der Begegnung, Saal, Großenhainer Straße 93

Einschätzung zur Friedensbewegung

Diskussion mit Dr. Eberhard König, Gemeinschaft für Menschenrechte Dresden und Sprecher der Dresdner Friedensinitiative

▣ 21. September, 10 Uhr, Drogenmühle Heidenau, Dresdner Str. 26

Offene Treffen des Ortsverbands Plauen

Vorstandssitzungen:

▣ 02. Oktober, 18 Uhr, Volkssolidarität

Stammtisch Neustadt @ Wulberts Café

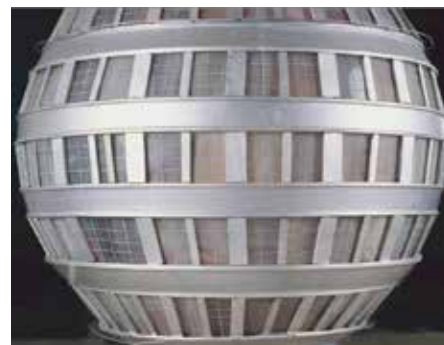
▣ 04. Oktober, Wulberts Café, Rudolfstraße 2

Beratung OV Blasewitz

▣ 07. Oktober, 18 Uhr, Bürgertreff Marie, Breitenauer Straße 17

HAUS DER BEGEGNUNG Urlaub

Vom 20.9. bis 8.10. ist Kristin Hofmann persönlich nicht zu erreichen, die Geschäftsstelle wird aber zu den Öffnungszeiten geöffnet sein. Bitte beachtet, dass Abrechnungen, Auszahlungen etc. und Datenänderungen NICHT durchgeführt werden können. Dies ist dann ab 10.10. wieder möglich. Mails werden ab dem 9.10. wieder gelesen und bearbeitet.



Polarisierende Konvergenz

Zur Vermögensentwicklung in Ost- und Westdeutschland seit 1990

Mit Dr. oec. habil. Ulrich Busch (Mitglied der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin e.V., Mitglied der Redaktion Berliner Debatte Initial)

▣ 25. September, 19 Uhr, Wir AG, Martin-Luther-Str. 21

DIE LINKE Teestunde in der Neustadt

Jeden dritten Donnerstag im Monat findet vom Ortsverband Neustadt organisiert die linke Teestunde in der Wir AG statt: Seid herzlich eingeladen! Am 15. August ist Sarah Buddeberg zu Gast.

▣ 19. September, Wir AG

Der marktgerechte Patient

Film und Diskussion mit Susanne Schaper, gesundheitspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag

▣ 09. Oktober, 19 Uhr, Wir AG, Martin Luther Str. 21

Welches Deutschland soll es sein – nach Faschismus und Krieg?

REIHE: Junge Rosa (richtet sich vor allem an Jugendliche und junge Erwachsene) mit Stefan Bollinger (Historiker und Politologe)

▣ 15. Oktober, 18 Uhr, Wir AG, Martin-Luther-Straße 21

Dresdner Moderne 1919 bis 1933.

Neue Ideen für Stadt, Architektur und Menschen
Ausstellung vom 29.06.-27.10.2019

▣ Stadtmuseum Dresden, Wilsdruffer Str. 2

AUSSTELLUNG

Stadt der Moderne

Dresden war zwischen 1919 und 1933 eine dynamische Großstadt mit vielen Planungsvorhaben und Baustellen. Es entstanden große neue Wohnquartiere mit Mietwohnungen, Eigenheimen und Villen; innovative Verwaltungs-, Industrie- und Schulgebäude etablierten die Neue Sachlichkeit im Bauen, Schwimmbäder ein verändertes Körperideal. Hochhausfantasien, ehrgeizige Museumsprojekte, das erste Kugelhaus der Welt und weitere Ausstellungsbauten repräsentierten die neuen technischen und gestalterischen Möglichkeiten.

Bei aller Aufgeschlossenheit hierfür blieb Dresden aber stets eine wertkonservative Stadt, die sich nicht vorbehaltlos der Avantgarde verschrieb. Ausstellung und Katalog zeigen, wie die demokratischen Impulse, die Technikbegeisterung und der Elan der 1920er Jahre in Dresden deshalb zu einer spezifischen und ausgesprochen spannenden Melange führten. Modernität und Modernisierung konnten dabei ganz unterschiedliche architektonische und städtebauliche Formen annehmen – keineswegs nur die der Weissen Moderne.

Sonderausstellung Dresdner Moderne 1919 bis 1933. Neue Ideen für Stadt, Architektur und Menschen vom 29.06.-27.10.2019

▣ Stadtmuseum Dresden, Wilsdruffer Str. 2



Signal zum Aufbruch!

Am 29.1.1919 wurde die „Dresdner Sezession - Gruppe 1919“ gegründet. Initiator war Conrad Felixmüller, weitere später bekannte Mitglieder waren Otto Dix und Lasar Segall. Die Sezession wollte „dem Kommanden den Weg bereiten“, d.h. sah sich als Interessenvertretung der jungen expressionistischen Kunst. Zwei rasch aufeinanderfolgende Ausstellungen 1919 und eine dritte im Jahr 1920 machten die Gruppe überregional bekannt, doch die rasanten Entwicklungen der damaligen Zeit führten schon im Gründungsjahr auch zu ersten Auflösungserscheinungen. Zum 100. Jahrestag der Sezessionsgründung zeigt die Galerie Dresden eine Ausstellung mit Werken der Sezessionisten aus der Zeit bis 1920 mit vielen nationalen und internationalen Leihgaben.

Ausstellung 100 Jahre Gründung der Dresdner Sezession - Gruppe 1919

▣ Städtische Galerie Dresden, Wilsdruffer Str. 2

Kein Krieg, nirgends.

Fred Schlicke war Pilot in der jungen DDR (KVP) und ist ein Freund unseres Kosmonauten Sigmund Jähn. Nach seiner Fliegerei arbeitete er viele Jahre als Lehrer. Vor kurzem fand ein Klassentreffen mit seinen Schülern statt und Fred wandte sich nochmal an seine Klasse.



Fred Schlicke (im Foto rechts) mit seinem alten Weggefährten und Freund, dem ersten Kosmonauten der DDR im Weltraum, Sigmund Jähn (Bildmitte)

Ihr Lieben, alle!

Das Klassentreffen war für mich, wie ich schon schrieb, eine Erneuerung meiner besonderen Verbundenheit Euch gegenüber. Schwer zu definieren, dieses Gefühl einer echten Zuneigung. Ihr seid eben mehr für mich als bloß ehemalige Schüler. Bleibt mir, wenn möglich, weiterhin gut. Und bleibt kritisch gegenüber der pausenlosen Abwertung der DDR. Diese übertriebene Betonung der Stasi und der Mauer und der Freiheit. Welche? Wessen Freiheit? Alles kostet Geld. Wer nimmt? Wer zahlt? Ein Studium kostet Geld. Bildung, Gesundheit, Kultur, Wohnen auch.

Auch in der DDR. Waren die Jungen fertig, waren die Verlockungen parat. Wir zahlten drauf. Der Westen sparte die Stipendien und Bildungsplätze. Es war nicht alles gut. Aber es war unkomplizierter, gerechter und ehrlicher. Künstler aller Richtungen aus aller Welt kamen gern in die DDR, fühlten sich wohl hier und traten immer wieder gern hier auf.

Das System der privaten An eignung gesellschaftlicher Arbeit wird kein globales Problem für die Mehrheit der Weltbevölkerung lösen können. Dieses System lebt von der Ungleichbehandlung von Menschen, also von sozialen Unterschieden, Konflikten und Krisenbewältigung durch Kriege.

Ursachen dafür wurden und werden immer wieder leicht gefunden. Wollen wir hoffen, dass „ihnen vorher die Hände zerschlagen werden!“. Die DDR hatte keine Aggressionswaffen. Wir flogen keine Bomber.

Warum komme ich nun damit? Weil meine Kindheit so war. Weil wir auch nicht für möglich gehalten haben, dass unsere Existenz, die der Eltern, das Haus, in dem wir wohnten, in Schutt und Rauch vergeht und dass schließlich mein lieber „Vati“ wenige Tage vor der endgültigen Befreiung durch die Russen zwischen Frankfurt/Oder und Berlin als Soldat umkommt.

Alle dachten, der Krieg findet ganz woanders statt. Das ist es ja ständig! Wir denken heute schon wieder ganz genau so: Alles weit weg! Uns egal. Das schlimmste ist die Gleichgültigkeit. Die Atomraketen der Amis stehen hier und die Waffen werden via Ramstein ins Ziel gesteuert. Das solltet Ihr wissen. Das müsst Ihr wissen.

Das müssen vor allem die Grünen begreifen! Sie beklagen den toten Baum. Aber sie heben die Hand für Rüstung, Waffenexport und Kriegseinsätze! Ich wünsche Euch „den einfachen Frieden, ... den schätze nicht gering“. Die so warnen, waren nicht dumm. Alles kluge Leute. Humanisten.

Ich wünsche Euch für Euer weiteres Leben und das Eurer Kinder ein Dasein in Frieden, ein Leben ohne Krieg. Kein Krieg. Nirgends!

Eingesandt von Dietrich Holz



Havanna

Trump verschärft Blockade

Die US-Regierung begründet die Verschärfung der bereits bestehenden Sanktionen explizit mit der Zusammenarbeit Kubas und der venezolanischen Regierung unter Präsident Nicolás Maduro.

Für das sozialistische Cuba wird die Situation durch die feindliche Politik der USA immer schwieriger. Präsident Trump hat mit dem Inkrafttreten von Teil III des Helms-Burton-Gesetzes der sozialistischen Insel den totalen Krieg auf den Gebieten der Wirtschaft und des Handels erklärt, um es endlich in die Knie zu zwingen. Der Totalboykott erfasst alle lebensnotwendigen Gebiete Kubas und schließt gleichzeitig Länder mit vertraglichen Beziehungen zu Cuba ein. Für Kuba bedeutet das, dass die eigenen Erfolge auf den Gebieten der Medizinforschung- und Entwicklung und deren Heilverfahren, der Bildung, den personellen Verträgen für mediz. Fachkräfte, der Tourismusbranche unter das US-Verbot der Vermarktung fallen. Produkte, die Bruchteile US-amerikanische Erzeugnisse beinhalten und teilweise schon jetzt über Umwege und Dritte ins Land kommen, wer-

den wie Finanztransaktionen ausländischen Banken und Unternehmen verboten. Dem US-Bürger sind der Tourismus nach Cuba, wie auch die bisherigen Dollarüberweisungen verboten, was sich rückwirkend natürlich auch negativ auf US-Unternehmen auswirkt. Die Krönung des Ganzen ist aber die Anstachelung ehemals enteigneter kubanischer Besitzer jetziger staatlicher- oder privater Unternehmen, die nicht nur unter Warenboykott fallen sondern auf finanziellen Ersatz verklagt werden können. Die USA war das einzige Land nach der kubanischen Revolution, das Entschädigungsleistungen des kubanischen Staates ablehnte.

Kuba bezeichnet diese Außenpolitik zu recht als faschistisch und erhebt vor der UNO Klage auf Milliarden Schäden durch die unmenschliche Blockadepolitik. Zu erwähnen ist, dass seit Jahrzehnten die Vertre-

ter der internationalen Staatengemeinschaft bei den jährlichen Abstimmungen für das Ende der Blockade stimmen, aber diese durch das VETO der USA und meist Israel oder kleine Vasallenstaaten fortgesetzt wird. Das propagandistische Aushängeschild „Freiheit und Demokratie“ sind durch die aggressiven Handlungen dieses US-Regimes zur Chimäre verkommen. Die USA, aber auch die EU und besonders die BRD, greifen durch ihre Changepolitik andere Gesellschaftsversuche propagandistisch und mit Unterstützung finanziellen Riesensummen an. Siehe die letzte Zerstörung der Einheit der Lateinamerikanischen Gemeinschaften von Argentinien, Brasilien, Ecuador, Nicaragua und jetzt Venezuela und besonders Kuba genau wie 1989 bei der Zerschlagung des sozialistischen Lagers.

Ursula Zierz

USA verschärfen Blockade gegen Kuba weiter

Die neuen Maßnahmen sollen Zugang zu Devisen erschweren. Soziale Folgen für die Bevölkerung sind wahrscheinlich.

Die US-Regierung unter Präsident Donald Trump hat die Blockade gegen Kuba weiter verschärft. Nach einer neuen Regelung des Finanzministeriums dürfen künftig pro Quartal nur noch maximal 1000 US-Dollar (rund 900 Euro) an Familienangehörige in Kuba überwiesen werden. Die Einschränkung der Finanzzuwendungen aus den USA könnte in Kuba erhebliche soziale Auswirkungen haben, weil diese als „remesas“ bezeichneten Geldsendungen für viele Familien in dem Inselstaat die einzige Devisenquelle sind. Von der Verschärfung ausgenommen sind zunächst private Unternehmen, Menschenrechtsorganisationen und Kirchen. Familienmitglieder namentliche genannter hoher Beamter und von Mitgliedern der Kommunistischen Partei Kubas dürfen gar keine Überweisungen mehr erhalten.



CUBA SÍ

Solidarität kennt keine Grenzen

Zum Jahresende 2019 erwarten wir aus Kuba die Abschlussberichte über unsere Landwirtschaftsprojekte in den Provinzen Guantánamo, Sancti Spiritus und Pinar del Río. Diese Berichte werden bestätigt durch das kubanische Ministerium für Landwirtschaft und das Ministerium für Außenhandel und ausländische Investitionen. Seit 1993 hat Cuba Sí dann insgesamt 15 Projekte in der kubanischen Landwirtschaft umgesetzt.

In den vergangenen fünf Jahren arbeiteten unsere kubanischen Partner in den unterstützten Betrieben und unsere Partnerorganisation ACPA gemeinsam mit Cuba Sí daran, die produktive Basis in Landwirtschaft und Viehzucht zu verbessern. Durch Reparatur und Neuanschaffung benötigter Geräte, Ausrüstungen und Fahrzeuge, durch die Einführung neuer Technologien, die Nutzung erneuerbarer Energien, die Diversifizierung der Produktion, das Schließen lokaler Kreisläufe und durch gezielte Weiterbildungen ist eine tragfähige Grundlage gelegt worden, auf der die Betriebe eigenständig und rentabel weiterarbeiten können. Die Arbeits- und Lebensbedingungen der Begünstigten und ihrer Familien sind nicht nur durch Sachspenden und betriebliche Anschaffungen kontinuierlich verbessert worden, mit der erhöhten Produktivität stiegen auch die Einnahmen der Betriebe, was sich positiv in der Lohntüte der Beschäftigten bemerkbar macht.

Im Projekt Pinar del Río lag der Schwerpunkt in der Steigerung der Milchproduktion. Dies gelang jedoch in bescheidenerem Umfang als geplant: Überschwemmungen infolge starker Regenfälle verursachten sowohl in der Futtermittelversorgung für die Nutztiere als auch in den Obst- und Gemüseplantagen Ausfälle und beeinträchtigten zudem die Reproduktionsrate der Rinder. Dank umfangreicher künstlicher Besamung kann dieser Rückschlag kompensiert werden. Länger dauert es, bis die in Mitleidenschaft gezogenen Anbauflächen wieder höhere Erträge bringen.



MEINUNG

Verantwortung übernehmen

Nach dem katastrophalen Wahlergebnis vom 1. September, bei dem sich unser prozentuales Ergebnis fast halbiert hat, ist eine Diskussion in Gang gekommen, die man unmittelbar und öffentlich in Zeitungen und den sozialen Medien verfolgen kann. Ganz am Anfang stand der Hinweis von der Bundesebene, man möge doch mit Rücksicht auf den laufenden Wahlkampf in Thüringen Ruhe bewahren. Schon das hat mich verwundert: Ist es denn ein positives Signal an Thüringer Wähler*innen, wenn unsere Partei derartige Nackenschläge ungerührt hinnimmt? Wäre nicht eine harte und klare Reaktion ein besseres Zeichen gewesen?

Weniger verwundert war ich über die Reaktionen der etablierten Genoss*innen auf Landesebene. Sie schauen, so scheint es, suchend umher, wo wohl der Fehler gelegen haben könnte. Sie vermeiden es dabei allerdings, sich gegenseitig anzuschauen, aber das nur ganz am Rande. Suchen wir das Problem, ist die Devise, suchen wir es lange und ausführlich und am besten so lange dass niemand auf die Idee kommt, dass wir selbst das Problem sind.

Mein Lieblingskommentar in einer Facebookdiskussion war: "Wir haben alle gemeinsam Wahlkampf gemacht und alle gemeinsam verloren. Deshalb sind Rücktrittsforderungen nicht richtig!". So wird Verantwortung über die gesamte Partei gestäubt und rieselt gleichmäßig auf alle nieder, denn natürlich haben die Genoss*innen beim Plakatieren und Material verteilen auch in etwa so viel falsch gemacht wie diejenigen in der Kommandozentrale der Wahlkampagne.

Klaus Bartl, viele Jahre Landtagsabgeordneter aus Chemnitz und am Ende seiner politischen Laufbahn, hat in einem Interview mit der "Jungen Welt" am 7. September folgendes gesagt:

„Gerade in Personalfragen funktioniert DIE LINKE seit langem als weithin geschlossenes System, als eine Art Personenkartell. Und genau das hat seinen Preis, nämlich den Verlust an Kompetenz und Profil, aber vor allem den Verlust an so starker Verankerung in der Gesellschaft, dass auch schlechte politische Großwetterlagen überstanden werden.“ (Aus: Wir haben von Wahl zu Wahl verloren, ohne Ursachen auszuloten“, 07. September 2019, Junge Welt online Seite 1 (Beilage) / Wochenendbeilage).

Eine Art Personenkartell: Dem Erhalt dieses Kartells dienen die in den vergangenen Jahren ausgerufenen politischen Strategien, mit denen in der trügerischen Vermutung einer ewig sicheren Wähler*innenbasis nur noch innerparteiliche Einflussfragen geklärt wurden. Ist nur mir aufgefallen, dass sich der größte Teil der zeitlichen und finanziellen Ressourcen der Landtagsfraktion nach innen richteten und die Frage WER in Erscheinung trat letzten Endes wichtiger war als die Frage WAS gesagt wird?

Sicher, es mögen äußere Faktoren das Wahlergebnis des 1. September extrem negativ beeinflusst haben. Das ist unbestritten. So wie es der Eisberg war, der die Titanic zum Sinken brachte. Aber die offensichtliche Unfähigkeit, die äußere Gefahr frühzeitig wahrzunehmen müssen sich die führenden, also verantwortlichen Kräfte zuschreiben lassen. Der Kapitän der Titanic ist damals ertrunken. Unsere Kapitäne heute haben Landtagsmandate. *Tilo Kießling*

Auf gehts - und zwar gemeinsam!

Cornelia Ernst berichtet vom Sommer im Europäischen Parlament in Straßburg



Manon Aubry (La France Insoumise) und Martin Schirdewan (DIE LINKE) werden die Fraktion für die erste Hälfte der Wahlperiode führen.

Manon Aubry, die jüngste unserer Abgeordneten, hatte die Idee, einen Anforderungskatalog der neuen Kommission vorzulegen. Sie legte nicht nur vor, sondern schloss Kompromisse, hörte zu, dachte mit. Und die neuen französischen Abgeordneten waren bereit, alte Konflikte aufzulösen und den Streit mit Syriza zu begraben. Melenchon sicherte Gregor Gysi zu, wieder in die EL zurückzukehren. Ende gut, alles gut? Vielleicht. Eine engere französisch-deutsch-griechische Zusammenarbeit tut uns jedenfalls gut.

Eine zweite gute Nachricht ist, dass bislang in den meisten Ausschüssen die Wahl von Abgeordneten der Fraktion „Identität und Demokratie“ sowie der Fidesz-Partei, die weiterhin Mitglied der EVP ist, für Ausschussposten verhindert wurden. Die dritte gute Nachricht ist, dass in einigen Ausschüssen die bisherigen Mitte-Links-Bündnisse weiter stehen, wie im Innenausschuss LIBE, wo es uns gelang für September Carola Rackete zur Anhörung in den Ausschuss einzuladen. Dennoch wird es in diesem Parlament schwerer, progressive Mehrheiten zu entwickeln. Fast 60% der Abgeordneten sind neu.

Die Erfahrenen sind daher eine feste Bank, das spürt man überall, besonders, wenn es um Entscheidungen in Ausschüssen und im Plenum geht.

Ich werde weiterhin im Innenausschuss sein, als Koordinatorin (Obfrau) unserer Fraktion. Von acht Abgeordneten unserer Fraktion sind sechs neu. Sie bringen viel Elan und Ideen mit. Zentrale Themen sind Asyl- und Migrationspolitik, die in der europäischen Politik große Bedeutung hat. Wir werden im September als Fraktion die Balkanroute aufsuchen und planen Besuche in griechischen Hotspots. Wir fordern, dass Frau von der Leyen das vom Europaparlament vor zwei Jahren beschlossene Asylpaket zur Dublin-Reform im Rat verhandelt, so, wie es die Verträge vorsehen. Dieser Gesetzesvorschlag bietet eine echte Lösung für alle Beteiligten, Mitgliedsstaaten und Geflüchtete. Neben Asylpolitik werden Datenschutz sowie innere Sicherheit ein Schwerpunkt sein, der moderne linke Antworten braucht. Im Industrieausschuss, in dem ich seit 2014 Stellvertretendes Mitglied bin, werde ich, um regionale Interessen (Kohleausstieg) vertreten zu können, auch weiterhin Fragen der

Energieunion bearbeiten. In den letzten fünf Jahren ist es uns gelungen, uns innerhalb der Partei zur Frage des Braunkohleausstiegs bundesweit zu vernetzen. Neben Abgeordneten aus Landtagen und Bundestag sowie dem EP, machen Vertreter*innen des Parteivorstands sowie der RLS mit. Wir entwickeln Ideen zum sozialverträglichen Kohleausstieg, was bisher keine Partei macht. Wir haben ein erstes Standpunktpapier erarbeitet und wollen uns direkt in die aktuellen Debatten zur Energiewende einschalten. Das ist eine Riesenaufgabe, die ich mit dem, was auf EP-Ebene geschieht, kritisch begleiten will, denn es gibt europaweit 41 Kohleregionen.

Und last but not least werde ich aller Voraussicht Chef*in der Iran-Delegation sein, die interparlamentarische Beziehungen zu iranischen Vertreter*innen entwickelt. Das wird kein Zuckerschlecken, aber ich bin seit 2009 in dieser Delegation und weiß um die Probleme, die uns in nächster Zeit wohl einiges abverlangen werden.

Dr. Cornelia Ernst

Die neue LINKE-Fraktion im #Stadtrat

Demnächst natürlich mehr zu ihrer Arbeit, hier ist zuerst das Tableau mit den Zuständigkeiten.



André Schollbach

Fraktionsvorsitzender
Mitglied im Ausschuss
- Allgemeine Verwaltung
- Finanzen/
Liegenschaften
- Wirtschaftsförderung



Dr. Margot Gaitzsch

Stellv. Fraktionsvorsitzende
Mitglied im Ausschuss
- Sport
- Gesundheit
- Umwelt/
Kommunalwirtschaft



Anja Apel

Mitglied im Fraktionsvorstand
Mitglied im Ausschuss
- Kultur
- Bildung
- Petitionen



Tilo Kießling

Mitglied im Fraktionsvorstand
Mitglied im Ausschuss
- Finanzen/
Liegenschaften
- Bildung
- Jugendhilfeausschuss



Caroline Lentz

Mitglied im Ausschuss
- Soziales und Wohnen
- Umwelt/
Kommunalwirtschaft
- Kriminalpräventiver Rat



Magnus Hecht

Mitglied im Ausschuss
- Kultur
- Umwelt/
Kommunalwirtschaft
- Finanzen/
Liegenschaften



Pia Barkow

Mitglied im Ausschuss
- Soziales und Wohnen



Christopher Colditz

Mitglied im Ausschuss
- Soziales und Wohnen
- Gesundheit
- Petitionen



Anne Holowenko

Mitglied im Ausschuss
- Kultur
- Bildung
- Stadtentwicklung/
Bau



Tilo Wirtz

Mitglied im Ausschuss
- Wirtschaftsförderung
- Umlegungsausschuss
- Stadtentwicklung/
Bau



Katharina Hanser

Mitglied im Ausschuss
- Wirtschaftsförderung
- Petitionen
- Sport
- Allgemeine Verwaltung



Jens Matthis

Mitglied im Ausschuss
- Gesundheit
- Stadtentwicklung/
Bau
- Allgemeine Verwaltung

Naiver Glaube an neoliberale Konzepte



Tilo Wirtz mit seinem Kontra zur CO₂-Steuer : Diese Steuer schafft nur dem Staat eine zusätzliche Geldquelle und bestraft die Verbraucher

Das Kohlendioxid ist ins Gerede gekommen. Als Abfallprodukt unserer auf Rohstoff- und Energieverbrauch beruhenden modernen menschlichen Zivilisation reichert es sich in der Atmosphäre an und führt nach derzeitiger herrschender Lehrmeinung zur Erderwärmung. Folgen sind Veränderungen in der Umwelt, Häufung von Extremwetterereignissen und dadurch verursachte Zerstörungen in der Natur. Diese wiederum drohen beispielsweise als Ursache von Missernten auf die Landwirtschaft und damit auf die Ernährung der Menschheit zurückzuwirken. Vor den derzeitigen fast evangelischen Sündenbekenntnissen und Schuldzuweisungen sei nur noch mal dran erinnert, ohne dem Symbol der Industrialisierung, der Dampflok als Kombination von Rad und Feuer, keine moderne fortschrittliche Zivilisation wie wir sie kennen, nämlich mit Sozialsystem, Steigerung der Lebenserwartung, Eindämmung der Infektionskrankheiten, weitgehende Beseitigung des Hungers und absoluter Minimierung der Kindersterblichkeit. Die Verwendung von Feuer und die Erfindung des Rades waren Meilensteine in der Zivilisationsgeschichte. Genutzt mittels rationaler Ingenieurwissenschaft wurden Fortschritt und Wohlstand möglich. Maschinenstürmerei und zurück zur romantisierten Streuobstwiese ist also keine Lösung.

CO₂-Steuer mit Rückgabe?

Deutschland hat sich zuletzt 2015 auf dem Klimagipfel in Paris verpflichtet, seinen CO₂-Ausstoß zu senken. Derzeit wird erwartet, dass die Ziele bis 2020 verfehlt werden. Um sie doch noch zu erreichen, bringen unterschiedliche Aktive eine Besteuerung von CO₂ ins Gespräch. Dabei herrscht eine merkwürdige Einigkeit zwischen Protestbewegungen wie Fridays-for-future, Parteien wie den Grünen und Regierungskreisen. Die Steuer soll dabei vom Endverbraucher bezahlt werden. Es ist also wie die Mehrwertsteuer eine klassische Verbrauchssteuer. Verbrauchssteuern betreffen zunächst mal die besonders, die ihr Einkommen zu einem größeren Teil verkonsumieren, heißt oft, für das notwendige zum Leben ausgeben. Wer viel sparen kann oder über Vermögen verfügt, wäre anteilig weniger betroffen. Wer Gewinne aus CO₂-lastiger Geschäftstätigkeit zieht, bliebe auch ungeschoren. Um den Vorwurf der Abkassiererei zu entkräften, der zuletzt die Gelbwesten in Frankreich auf die Straßen getrieben hat, werden Rückzahlungen angekün-



digt, Bedürftigere und Ärmere hätten also einen „Gewinn“ aus der Steuer. Der unterstellt Wirkmechanismus sei „je höher der Preis, desto geringer die Nachfrage.“ Dies ist ein rein neoliberales Konstrukt und wird nicht funktionieren. Die Menschen müssten zunächst mal eine Alternative haben oder aber auch ganz auf etwas verzichten können. Das geht oft nicht. In Dresden werden nur 16 Prozent der Wohnungen von ihren Eigentümern genutzt, nur hier hätte der Eigentümer der Wohnung oder des Hauses etwas davon, würde er in Wärmedämmung und eine moderne Heizung investieren. Wenn Mieter die Energierechnung und damit die CO₂-Steuer zahlen, wird der Vermieter nicht „bestraft“, wenn er den CO₂-Ausstoß seines Hauses aus dem Energieverbrauch nicht verringert. Es entsteht kein Anreiz, etwas zu ändern. Die super-teuren superenergiesparenden Haushaltsgeräte können sich auch nur die Betuchteren leisten, die dann auch einen Benefit in Form von geringeren Energiekosten und einer geringeren CO₂-Steuer ergattern würden. Auch im Verkehrssektor kommt es nicht so sehr auf den Endverbraucher an. Niemand hat die Bundesregierungen der letzten Jahrzehnte gezwungen, die Eisenbahn „börsenfähig“ zu machen, den Nahverkehr an Privatunternehmen zu vergeben, Güterbahnhöfe zu schließen und den Gütertransport von der Schiene auf die Straße zu verlegen, mit einem Ergebnis, was seit einiger Zeit auf dem Autobahnabschnitt zwischen Dresden und Abzweig nach Leipzig fast täglich in Form eines Verkehrsinfarkts besichtigt werden kann. Ähnlich sieht es im ÖPNV aus. Die DVB in Dresden pfeifen auf dem letzten Loch und fahren mit der letzten alten Tatabahn, die noch im Depot aufzutreiben war. Würden sich morgen alle Autofahrer in Dresden ins Auge sehen und nur ein Viertel davon statt mit dem Auto mit Bus oder Bahn den Weg zur Arbeit und zurück antreten, wä-

re der Andrang von Fahrgästen bei den Öffentlichen nicht bewältigbar. Abgesehen davon, gekniffen wären durch höhere Treibstoffpreise diejenigen, die sich finanziell gerade noch so ein Auto leisten können und sich bei höheren Kosten einschränken oder ganz darauf verzichten müssten. Belohnt wären in dem Fall Wohlhabende, die sich bei einem Rückgang des Autoverkehrs über freiere Straßen freuen dürften und so noch schneller als bisher ans Ziel kämen. Autofahren und Fliegen würden so zu dem, was sie schon mal waren, Privilegien der Reichen. Stiegen die Mobilitätskosten noch mehr, wäre auch ein Durchschlagen auf Mieten in Ballungszentren zu erwarten, da jetzt schon Geringverdiener aus den Ballungszentren vertrieben werden und dann die Nachfrage nach Wohnungen mit kurzen Wegen noch begehrt werden würden.

Die CO₂-Steuer „bestraft“ den Endverbraucher und belohnt – den Staat

Nicht zuletzt bestraft die CO₂-Steuer zwar den Endverbraucher, belohnt aber den Staat, nämlich in Form von zusätzlichen Einnahmen. Dabei hätte es der Staat ja in der Hand. Er betreibt Energieanlagen, sei es als Beteiligungen oder in Stadtwerken und erteilt Genehmigungen für Kraftwerke, wodurch er direkten Einfluss auf die CO₂-Entstehung hat. Welchen Anreiz hat der Staat an CO₂-Reduzierung, wenn er durch Steuererhöhungen belohnt wird? Wenig bis keinen. Und das haben zumindest die Älteren alle vor zwanzig Jahren schon mal erlebt. Bereits 1999 wurden von der damaligen von SPD und Grünen getragenen Regierung Ökosteuern auf Treibstoff und Strom eingeführt. Allerdings verschwanden die Steuereinnahmen im Bundeshaushalt und wurden seinerzeit zur Unterstützung der Sozialkassen

verwendet, was wiederum eine „Entlastung“ der Arbeitgeber darstellte. Eine ökologische Lenkungswirkung konnte der Ökosteuer nicht nachgewiesen werden. Ähnlich scheint es mit Strom-„Börsen“ und dem Handel mit CO₂-Zertifikaten zu laufen. Hier wird vor allem an Gebühren verdient, und zuletzt ist der Handel mit CO₂-Zertifikaten wegen massivem Mehrwertsteuerbetrug ins Gerede gekommen.

Was dann? Technische Probleme technisch lösen

Der Versuch, mit Eingriffen in den Finanzkreislauf zu „steuern“, sei es mit weiteren Ökosteuern, mit Zertifikatehandel oder inszenierter Börsenspekulation mit Strom geht an den technischen Fragestellungen vorbei. Es scheint eine schlechte Idee, aus allen fossilen Energieträgern und der Atomenergie gleichzeitig auszusteigen. Genauso wäre töricht, aus Gründen der CO₂-Minimierung den Atomausstieg rückgängig zu machen. Wichtiger wäre, die erneuerbaren Energien voranzutreiben, Speichertechnologien erst einmal zu entwickeln, die Versorgungssicherheit aus erneuerbaren Energien herzustellen und die größten Dreckschleudern bevorzugt vom Netz zu nehmen. Erschwerend käme hinzu, dass die Förderung der Elektromobilität den Strombedarf perspektivisch erhöhen dürfte. Nicht zuletzt spielen politische und wirtschaftliche Interessen eine Rolle. Sinnvoll wäre, sehr problematische Kohle durch weniger problematisches Erdgas abzulösen. Merkwürdigerweise wollen die Grünen nichts von Nord Stream 2 hören, einer weiteren Erdgasleitung aus Russland. Einerseits solle die Abhängigkeit von Russland in der Energieversorgung nicht zu groß werden, andererseits würde eine Verhinderung der Leitung eine Belieferung mit Fracking-Gas aus den USA wahrscheinlicher machen. Ökologischer Enthusiasmus ist nicht davor sicher, für finanzielle oder machstrategische Interessen missbraucht zu werden. Einerseits weitere Ökosteuern erheben wollen, damit die Menschen beispielsweise weniger mit dem Auto fahren, andererseits aber per Politik durch Schließung und Konzentration aller möglichen öffentlichen Stellen den Menschen immer längere Wege abverlangen, auch bei Annahme eines Arbeitsplatzes, und sich dann wundern, dass immer mehr gefahren wird, passt nicht zusammen.

Tilo Wirtz



Unsere Ideen für ein einfaches Leben in Dresden.

Grünanlagen sind nicht nur geeignet zum Chillen, sondern auch für die Tier- und Pflanzenvielfalt in der Stadt. Flächendeckend verteilt sorgen sie für ein angenehmes Stadtklima und verbessern die Stadtluft. Für die Gesundheit von uns Bewohnenden bringt das Vorteile.

Dresden ist eine grüne Stadt

Es ist problemlos möglich, nachhaltige und regionale Lebensmittel zu fairen Preisen zu erhalten. Einige Lebensmittel werden durch urbanes Gärtnern selbst angebaut, was von der Stadt unterstützt wird. Verpackungsmüll wird dadurch vermieden, dass bedarfsgerecht,

mit wiederverwendbaren Behältnissen eingekauft wird. Die Stadt deckt ihren Energiebedarf durch selbst gewonnene, erneuerbare Energien und beendet dadurch den Verbrauch fossiler Rohstoffe.

...ist sie aber nicht

...denn der Klimawandel, beschleunigt durch die kapitalistische Wirtschaftsweise, zeigt weltweit seine Auswirkungen: auch hier in Dresden, durch schrumpfende Grünflächen, schlechte Stadtluft und Fokus auf motorisierten Individualverkehr. Auch wenn der Klimawandel global ist, können und müssen wir lokal handeln.

Florian Berndt



We like to ... move it! move it! Wahlkampf-Abschluss-Movement mit den Jusos Dresden, Grüne Jugend Dresden und der Linksjugend am 31. August im Alaunpark

STECKBRIEF

Tim Roschig

Wer bist du?

Ich bin 17 Jahre alt und heiße Tim. Aktuell besuche ich die 12. Klasse eines Gymnasiums. In der Linksjugend bin ich seit anderthalb Jahren und in der Partei seit einem Jahr.

Politiert wurde ich...

...durch meinen Vater und meine Schwester. Ich wurde immer Mal auf Demos mitgenommen und habe mich so immer mehr mit Politik auseinandergesetzt. Ich habe mich selbstständig über das aktuelle politische Geschehen auseinandergesetzt. Ich wollte dann mehr machen, als „nur“ zur Pegida Gegendemonstration zu gehen. Da wurde ich dann von einem Genossen angesprochen, dass ich Mal bei der Linksjugend vorbeischauchen kann.

Dies tat ich dann auch und bin seit dem auch da geblieben.

Was machst du im Jugendverband?

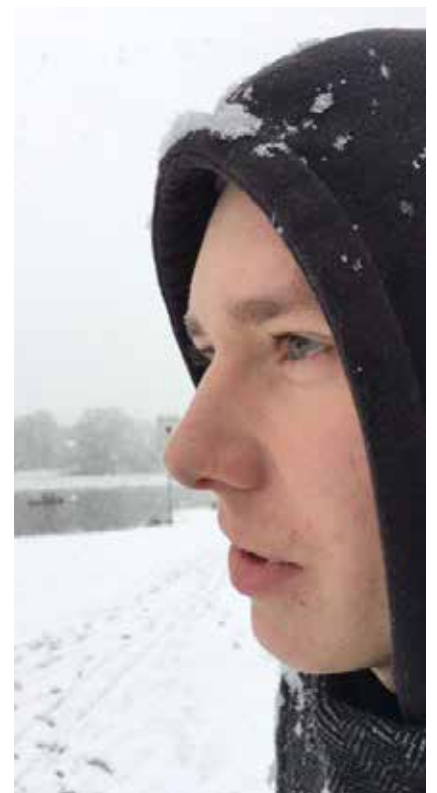
In der Linksjugend Dresden bin ich im Koordinierungskreis und arbeite dort mit vier weiteren Genoss*innen. Mit vielen weiteren Genoss*innen der Linksjugend Dresden arbeiten wir an Veranstaltungen, Demos und natürlich dem Wahlkampf. Auf Landesebene bin ich im Beauftragtenrat. Auch hier probiere ich Arbeit wegzutragen. All das fordert viel Zeit und Kraft, nichts desto trotz macht es mir viel Spaß. In der Partei bin ich noch nicht sehr aktiv. In Radebeul habe ich einmal mit Plakate gegangen, aber das soll sich auch bald ändern. :)

Inhaltliche Schwerpunkte sind...?

Inhaltlich interessieren mich unterschiedliche Themenfelder. Das Deutschland das drittgrößte Waffenexport Land ist, gehört angeprangert. Dass Waffenexporte, genau so wie die Auslandseinsätze der Bundeswehr, kein Frieden schaffen sollte klar sein. Zum Thema Friedenspolitik habe ich Anfang des Jahres eine Veranstaltung mit Jan van Aken organisiert. Weiterhin arbeite ich gerne zu Feminismus und Antisexismus, sowie Antisemitismus.

Blick nach vorn ...

Gerade nach dieser Landtagswahl müssen wir weiter für eine solidarische Gesellschaft kämpfen und nicht aufgeben!





Mit KI „fit für das digitale Zeitalter“

Nix gegen Künstliche Intelligenz (KI) – doch über die Gefahren sollte man auch im Bilde sein

In ihrer „Agenda für Europa“ hat die neue Präsidentin der EU-Kommission, Ursula von der Leyen, angekündigt, Europa „Fit für das digitale Zeitalter“ zu machen. Dazu will sie innerhalb der ersten 100 Tage ihrer Amtszeit Gesetzesvorschläge vorlegen, um die ethischen Aspekte des Einsatzes von künstlicher Intelligenz zu regulieren.

Und es liegt ja auf der Hand, dass dies zunächst einmal nicht falsch ist. Der Einsatz von Systemen, die auf modernen, „intelligenten“ oder „smarten“ Techniken beruhen und die automatisierte Entscheidungen treffen, hat in den vergangenen Jahren bereits stark zugenommen, Tendenz weiter steigend. Moralische Fragen, die sich ergeben, wenn Computer Entscheidungen über Menschen treffen und was das Bestehen solcher Technologien für die Menschheit und die Würde des oder der Einzelnen bedeutet, sind spätestens seit den Robotergeschichten von Isaac Asimov zu einem der ganz großen Themen der Science-Fiction geworden.

Zugleich werden oft Erwartungen und Hoffnungen an KI-Technologie laut, die einen etwas naiven Glauben an Fortschritt allein durch Technik offenbaren. Dass Alexa, Siri und Cortana eher ein kleiner Fortschritt für die Menschheit sind, ist klar. Aber autonome Fahrzeuge und smarte Verkehrsleitsysteme werden oft als die Lösung all unserer Mo-

bilitätsprobleme angepriesen. Hier ist Skepsis angebracht, solange soziale Verwerfungen, geografische Faktoren etc. ausgeblendet werden – von dem „Schönheitsfehler“, dass die Technik noch lange nicht sicher ist, einmal ganz abgesehen. Diagnosen von Krankheiten sollen durch KI unfehlbar werden – oder eben nicht, solange Probleme wie etwa rassistische oder geschlechtliche Diskriminierungen nicht behoben werden. Dazu nur drei Beispiele: Im Gesundheitswesen gibt es medizinische Forschung, die fast nur männliche Körper untersucht. Mit dem Projekt iBorders sollen „schädliche Reisende“ an der Grenze identifiziert werden. Pre-crime-Software soll Verbrechen vorhersagen.

Odyssee im Weltraum

Natürlich sind wir von einer Zukunft à la Odyssee im Weltraum oder Blade-runner weit entfernt. Die Technik, die die Menschheit einmal dorthin bringen könnte, steckt quasi in den Kinderschuhen. Das weiß auch jeder, der schon einmal versucht hat, Alexa einen etwas komplizierteren Befehl zu geben, als nur Musik anzuschalten. Ernüchternd ist es auch, wenn man sich die Testergebnisse bei den Autos von Tesla anschaut. Wenn wir heute über diese Themen reden, fühlt es sich oft so an, als bewege man sich in einer Grauzone zwischen Realität und Science-Fiction, und ich frage mich

immer wieder: Können wir das schon, oder ist das nur Werbung von Apple?

Dies alles verdeutlicht das Problem, wenn wir KI ordentlich regulieren wollen. Einerseits ist jetzt der Zeitpunkt, um Weichen für die Zukunft zu stellen. Andererseits ist oft nicht klar, wo die Reise hingeht, was technisch möglich und was nur aufgeblasene Werbung ist. Viel schwieriger ist aber die Frage, welche Technik welche Gefahren mit sich birgt. Alexa, Siri? Verlust der Privatsphäre. Autonome Autos? Unfälle. Pre-crime Software? iBorders? Soziale Diskriminierung.

Von der Leyen hat also etwas benannt, dass heutzutage hoch auf die Tagesordnung gehört. Es ist ein schwieriges Vorhaben, das in nur 100 Tagen zu einem Gesetzesentwurf führen soll. Damit das klappen kann, müsste sie einen Plan haben. Doch welche Lösung bietet sie an? In ihrer „Agenda für Europa“ gibt es nur einen Vorschlag: Europa muss einfach mehr in Künstliche Intelligenz investieren. Ethische Überlegungen? Fehlanzeige. Darüber, was Künstliche Intelligenz für uns und unsere Würde bedeutet, welche Folgen sie für unsere Entscheidungen hat, ist schon im nächsten Satz keine Rede mehr. Wir sollten besorgt sein.

Lorenz Krämer

Impressum

Herausgeber:

DIE LINKE. Dresden
Großenhainer Straße 93
01127 Dresden

V.i.S.d.P.: Uwe Schaarschmidt

Fon: 0351-8583801

Fax: 0351-8583802

Web: www.dielinke-dresden.de

Namentlich gekennzeichnete

Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich das Recht auf sinnwahrende Kürzungen vor.

Die Papiausgabe

wird in einer Auflage von 5.000 Exemplaren gedruckt.

Gestaltung und Satz:

Maximilian Kretzschmar

Bildnachweise,

wenn nicht gesondert vermerkt: Archiv, pixelio, iStockphoto, pixabay, privat, PR DIE LINKE. Sachsen

Kontakt:

Mail: Linksblatt@web.de

Redaktionsschluss:

03.09.2019

Die Zeitung Links kann kostenfrei abonniert werden. **Wir freuen uns jedoch über eine Spende**, mit der Sie das Erscheinen unserer Zeitung unterstützen.

Spenden:
Ostsächsische Sparkasse Dresden
DIE LINKE. Dresden
IBAN: DE94850503003120171416
BIC: OSDDDE81XXX

Aboservice:

Die Zeitung kann abonniert werden.
Kontakt: 0351-8583801
Mail: Linksblatt@web.de